

FPÖ Dialog

November 2016



Falsches Zahlenspiel:

Asylkosten um 62 Millionen höher

Das Land OÖ hat sich im Vorjahr bei der Erstellung des Budgets für die Grundversorgung von Asylwerbern ordentlich verrechnet. Ursprünglich wurden im Landesbudget „nur“ 55 Millionen Euro dafür reserviert. Dass das nicht einmal annähernd genug ist, weiß man nun seit Mitte Oktober: Die Summe muss mehr als verdoppelt werden – auf insgesamt 117 Millionen Euro. Und für das kommende Jahr sind bereits 140 Millionen Euro vorgesehen.

Auch wenn das Land OÖ 60 Prozent dieses Geldes vom Bund bekommt, handelt es sich dabei genauso um Steuergeld. Zusätzlich dauert es oftmals bis zu sechs Monate, bis das Geld von Wien in Oberösterreich angekommen ist. Faktum ist, dass trotz Refundierung das Land Oberösterreich noch Kosten von knapp 50 Millionen Euro für die Grundversorgung der 13.350 in Oberösterreich lebenden Flüchtlinge aufbringen muss. Laut Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) werde die Finanzierung der explodierenden Asyl-Kosten immer schwieriger. Das Land OÖ „borgt“ dem Bund immerhin 67 Millionen Euro allein in diesem Jahr.

Staatsschulden steigen durch Einwanderung massiv

Auch eine vom Fiskalrat in Auftrag gegebene Studie zeigt auf, dass die Kosten der unverantwortlichen Politik der offenen Grenzen die österreichischen Steuerzahler weit teurer kommen, als SPÖ und ÖVP bisher eingestanden haben. Jeder abgewiesene Flüchtling würde Österreich 277.000 Euro sparen. Aufgrund der Flüchtlingszuwanderung steigen die Staatsschulden bis 2060 durchschnittlich um 43,5 Millionen Euro pro Monat.

„In allen anderen Bereichen regiert der Rotstift, die Bürger haben aber das Gefühl, dass die Bundesregierung den Migranten die Milliarden geradezu hinterher wirft“, kritisiert FPÖ-Klubobmann,

Vizebürgermeister Ing. Herwig Mahr. „Unsere Forderung ist klar: Die Grenzen müssen geschlossen werden. Denn derzeit strömt das Steuergeld der Bürger in die falsche Richtung“, so Mahr.

Ing. Herwig Mahr
Vizebürgermeister
& Klubobmann

“
Die Grenzen
müssen geschlossen
werden.”



Nächtliche Ruhestörung in Oedt

Schon längere Zeit gibt es massive Beschwerden der Bewohner der LAWOG Wohnanlage in Oedt am Steinweg. Eine Gruppe Jugendlicher randaliert und lärmt dort am Grünen Punkt bis spät in die Nacht. Deshalb gab es am 5. Oktober ein Treffen der Anwohner mit dem Jugend- und Freizeitausschuss.

Schnell stellte sich in den Gesprächen heraus, dass die Jugendlichen nicht in der Anlage wohnen, sondern aus ganz Traun mit Mopeds und Fahrrädern angefahren kommen. Den Pavillon haben sie sich zu ihrem Treffpunkt auserkoren. Da wird teilweise bis zwei Uhr früh lautstark Musik gehört und herumgeschrien. Anrainer, die zur Ruhe mahnen wollen, werden an-

gepöbelt. Auch die Kontrollen durch die Exekutive blieben ziemlich erfolglos. Wenig überraschend die Antwort auf die Frage nach dem Ausländeranteil der Störenfriede: mindestens 90 Prozent. Der Pavillon muss weg, das war schnell klar, da braucht man keine schriftliche Umfrage der Volkshilfe abzuwarten.

Leider hat Gemeinderat Christoph Sagmüller im Oktober keinen Ausschuss einberufen, dabei hätte es genügend Punkte abzuarbeiten gegeben:

✓ Eine Nachbesprechung über diesen Abend

✓ Einen neuen Standort für den Pavillon bestimmen

✓ Wir hatten eine Besichtigung aller stadt-eigenen Spielplätze und Grünen Punkte durch den Ausschuss gefordert. Aus gegebenem Anlass, denn es gibt ja mehr Situationen am Grünen Punkt, mit denen die Bewohner nicht zufrieden sind.

✓ Schließlich sollte wegen der Erweiterungen der HAKA Arena schon längst ein neuer Standort für die TISS (Skateboard Anlage) gefunden werden.

Zuwenig Arbeit um einen Ausschuss einzuberufen, Herr Gemeinderat? Oder gedenkt man im stillen Kämmerchen zu entscheiden und uns vor vollendete Tatsachen zu stellen?



Die tägliche Turnstunde kommt

Mit dem Schuljahr 2017/2018 kommt die tägliche Turnstunde. Gefordert wird diese gesundheitsfördernde Maßnahme von der FPÖ seit mehr als 20 Jahren. Nunmehr hat die Bundesregierung die dafür notwendigen Finanzmittel zugesagt. „Im Sinne unserer Kinder hat nun auch in Oberösterreich die Vernunft gesiegt. Die tägliche Turnstunde wird eine wesentliche Säule

der Gesundheitspolitik sein. Dadurch beugen wir schon in jungen Jahren körperlichen Schäden wie Übergewicht oder Bluthochdruck vor. Zusätzlich steigert diese pädagogisch wertvolle Maßnahme auch die Konzentration, und daher auch den gewünschten Lernerfolg unserer nachfolgenden Generationen“, hebt Klubobmann, Vzbgm. Ing. Herwig Mahr hervor.

Besuchen Sie uns auch im Internet

— FPÖ Traun —



Umweltreferent GR Werner Holzinger weiß aus eigener Erfahrung, dass es nicht leicht ist, sich das Laster Rauchen abzugewöhnen. Gerade deshalb hat er eine Kampagne gegen achtlos weggeworfene grausliche Zigarettenstummel ins Leben gerufen. Diese Taschenaschenbecher können die Trauner beim Bürgerservice gratis abholen. Wir hoffen dadurch bei der nächsten Sammelaktion „gemeinsam für ein sauberes Traun“ weniger Tschickstummel als heuer aufklauben zu müssen.

TRAUN
MITTEN IM GESCHEHEN
WWW.TRAUN.AT

MÄDCHEN & FRAUEN

... zum Selbstschutz und gegen Gewaltangriffe ... für gemeldete Personen

SELBSTVERTEIDIGUNG

Herbst 2016	Kurse jeweils an 5 Samstagen 9:30 - 11:30 max. 20 Teilnehmerinnen pro Kurs Mindestalter: 14 Jahre Kursbeitrag: € 25,00	Frühjahr 2017
8. Oktober 15. Oktober 22. Oktober 29. Oktober 5. November		22. April 29. April 6. Mai 13. Mai 20. Mai

Anmeldeschluss jeweils 1 Woche vor Kursbeginn (30. September bzw. 14. April)

Neue Mittelschule Traun, Schulstraße 11, Turnsaal 2
Veranstalter: Stadt Traun | Sportservice
Durchführung: PSV Linz | Selbstverteidigung
Teilnahmegebühren sind im Sportservice der Stadt Traun, Sportzentrum Traun, Am Nordseeufer 160 (3900) erhältlich. Anmeldungen können schriftlich als auch telefonisch erfolgen.

Selbstverteidigungskurs

Aufgrund zahlreicher Nachfragen wurde von Sportstadtrat Franz Amann auch in Traun ein Selbstverteidigungskurs für Frauen und Mädchen initiiert. Die Umsetzung erfolgte gemeinsam mit dem Jugendausschuss und wurde gut angenommen. Der zweite Kurs startet im kommenden Frühjahr.



Der neue Hauptplatz



Entgegen der schwarz-grünen Neinsager haben wir mitgearbeitet und auch alle Entscheidungen mitgetragen. Wir sind stolz auf unseren schönen neuen Hauptplatz. Das Ergebnis gibt uns Recht und kann sich sehen lassen. Vergessen sind die Unkenrufe von der "Zentralstraße".

Sicherheit mit Schutzweg



Bereits seit geraumer Zeit gibt es Bestrebungen der Anrainer im Bereich Ganglgutstraße/Traunerstraße und Haferstraße den Kreisverkehr Traunerstraße/Ganglgutstraße mit einem Schutzweg auszustatten. Vor allem Anrainer mit Kindern, die die Volksschule und den Kindergarten in Oedt besuchen sind dafür, hier für mehr Sicherheit zu sorgen.

Gemeinderat Rudi Bachmaier hat im Verkehrsausschuss schon wiederholte Male auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Nach zwei Gesprächen vor Ort bei einem Lokalaugenschein kann Bachmaier einen wichtigen Teilerfolg bekannt geben: Wegen mehrerer Hauseinfahrten in unmittelbarer Nähe zum Kreisverkehr sind Schutzwege im Kreisverkehr nicht möglich. Der Vorschlag, den Kreisverkehr durch farblich auffällige Überquerungshilfen und markante Haltelinien aufzuwerten, wurde angenommen. Die Verkehrsabteilung hat diese Maßnahmen bereits rasch umgesetzt.

Trauner Pflichtschulen werden weiter auf harte Probe gestellt



Der hohe Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache besonders an den Volksschulen in Traun, sowie die Migrationsbewegung des letzten Jahres stellen alle Beteiligten vor nahezu unlösbare Herausforderungen. Die Trauner Schulen platzen aus allen Nähten und die Schulen wissen nicht mehr, wo sie den Platz für die neuen Klassen hernehmen sollen. Vom Stadtamt Traun erfolgt lediglich die Zuweisung von Schülern an die jeweilige Schule, was in Einzelfällen darin gipfelt, dass fünf neue Klassen zugewiesen werden, jedoch nur Platz für drei neue Klassen vorhanden ist.

„Wir haben auf der einen Seite ein integratives Schulzentrum in Traun, dem jedes Jahr eine erste Klasse verweigert (!!)

schulangebotes im Trauner Zentrum“, so Engertsberger weiter, der mit dieser Forderung bisher bei der Stadt auf taube Ohren gestoßen ist.

Auch die Abwanderung der Eltern von Schulanfängern in die Nachbargemeinden, wo der Anteil von Schulanfängern mit nichtdeutscher Muttersprache geringer ist, muss dringend gelöst werden. Engertsberger: „Ich habe laufend Kontakt mit Eltern, die ihre Kinder nicht mehr in die Trauner Volksschule im Zentrum geben möchten, da teilweise nur zwei oder drei österreichische Kinder in den Erstklassen sind. Hier wird dann der Wohnsitz umgemeldet, Kinder bei den Großeltern angemeldet oder der Weg in eine Privatschule eingeschlagen. Wir müssen in Traun endlich einen Konsens finden um einen Besuch der Trauner Volksschule im Zentrum für österreichische Kinder wieder attraktiv zu machen und Eltern die Bedenken haben, dürfen nicht automatisch als „ausländerfeindlich“ bezeichnet werden. Dazu bedarf es aber eines breiten Übereinkommens zwischen Schule, Stadt und Landesschulrat. Die Kompetenzen, die mir ja immer als Schulstadtrat laut Kompetenzkatalog vorgehalten werden, beinhalten leider keinen Einfluss auf die Schülerzuteilung bzw. die Zusammensetzung von Klassen.“

Wir müssen gemeinsam den Volksschulstandort im Trauner Zentrum wieder für die Eltern von österreichischen Kindern attraktiv gestalten - dies geht nur gemeinsam und hoffentlich auch mit der Hilfe des zuständigen Landesschulrates. Ansonsten werden wir mit den Folgen der Abwanderung in die Nachbargemeinden und Privatschulen leben müssen. Schade um die Schulstadt Traun...

Bis dato wurde vehement bestritten, dass die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylwerbern auf Kosten der österreichischen Steuerzahler ein lukrativer Geschäftszweig von privaten Unternehmen ist. Kürzlich wurde bekannt, dass die Betreuungsfirma ORS im Jahr 2015 das wohl beste Geschäftsjahr hatte: Wurden 2014 in neun Quartieren mit 203 Mitarbeitern Asylwerber betreut, so gab es Ende 2015 mehr als 800 Mitarbeiter in 38 Betrieben. Der Umsatz wurde verdreifacht und es wurde mit 2,5 Millionen Euro mehr als das Doppelte an Gewinn erzielt.

Asyl: 2,5 Mio Euro Reingewinn für NGOs

„Jetzt kommen die Gewinner der Krise langsam ans Licht. Natürlich wird nach außen hin die Freude darüber unterdrückt, dass so viele Flüchtlinge kamen und noch kommen werden. Aber es ist offensichtlich: der Rubel rollt“, stellt FPÖ-Klubobmann, Vzbgm. Ing. Herwig Mahr fest. So warb etwa ein privater Asylheimbesitzer – der Kirchenwirt in Altmünster – beim Verkauf seines Hauses kurzzeitig mit der tollen Gewinnaussicht von 70.000 Euro durch die Flüchtlingsunterbringung. Und trotz momentan 800 freien Plätzen für die Unterbringung, erhöhte Grünen-Landesrat Anschöber die Zahl der Quartiere um weitere zehn.

Es sei, betont Mahr, „völlig inakzeptabel, dass Gewinne im Flüchtlingsbereich für NGOs oder Private nicht offen gelegt werden müssen. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld. Aber scheinbar ist das der Bundesregierung und Integrationslandesrat Anschöber egal. Wir brauchen ein Umdenken in der gesamten Flüchtlingspolitik.“



667 minderjährige Flüchtlinge kosten 20 Mio jährlich

Mitte Oktober waren 667 „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (UMF) in Oberösterreich. Deren Betreuung in der Grundversorgung kostet jährlich zwischen 19,7 und 21 Millionen Euro. Das geht aus der Beantwortung einer FPÖ-Anfrage durch Grünen-Landesrat Rudolf Anschober hervor. Rund 400 der 667 UMF sind männliche Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren aus Afghanistan, die in Oberösterreich gelandet sind. Lediglich 60 stammen aus Syrien und nur 28 Flüchtlinge im Jugendalter sind Mädchen.



FPÖ-Klubobmann, Vzbgm. Ing. Herwig Mahr sieht diese Flüchtlingskategorie als „Kostentreiber“ und ortet

Handlungsbedarf. „Zwar machen die UMF von den 13.200 grundversorgten Asylwerbern in Oberösterreich nur einen kleinen Teil aus. Teuer ist es trotzdem.

Die sich aktuell ergebenden Kosten für 667 Personen liegen zwischen 19,7 und 21 Millionen Euro im Jahr“, argumentiert Mahr.

Quote wird derzeit nicht erfüllt

Der grüne Integrationslandesarat geht davon aus, „dass sich die Anzahl der UMF bis Ende 2016 als auch bis Ende 2017 konstant halten wird“. Klubchef Mahr hingegen bezweifelt diese optimistische Einschätzung: „Anschober hat nicht berücksichtigt,



Vzbgm. Ing. Herwig Mahr

dass Oberösterreich derzeit die Quote nicht erreicht und dieses Ziel nach wie vor Gültigkeit hat.“

Der prozentuelle Verteilungsschlüssel für Asylwerber unter den Bundesländern schreibt für Oberösterreich 16,74 Prozent vor, was genauso auch auf die UMF anzuwenden ist. Derzeit werden aber in Oberösterreich im Rahmen der Grundversorgung nur 11,5 Prozent der österreichweit vorhandenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betreut. Die Quote ist also erst zu gut zwei Dritteln erfüllt.

Zwei Sozialmärkte in Traun - ohne Wissen der Stadt



Überrascht reagierte Wirtschaftsreferent StR Christian Engertsberger als er von der Eröffnung eines neuen Sozialmarktes in Traun informiert wurde. Der SOMA-Markt in der Bahnhofstraße wurde in einer Art „Nacht- und Nebelaktion“ eröffnet und soll das Angebot in Traun erweitern. „Hier wurden alle Angebote der Stadt Traun wie das Stadtmarketing, dass sich täglich bemüht, attraktive

Geschäfte in die Innenstadt zu bringen, komplett übergegangen.

Laut Informationen des Stadtmarketings Traun lag ein Interesse von anderen Unternehmen für den Standort bereits vor“, so StR Christian Engertsberger. „Auch der Standort ist für das betroffene Klientel des Sozialmarktes äußerst schlecht gewählt, ist doch eine gewisse Anonymität beim Einkauf mitten in Zentrum von Traun nicht mehr gewährleistet. Wir müssen hier scharfe Kritik auch am Vermieter üben, denn um Standorte wie die Trauner Innenstadt attraktiv zu gestalten, bedingt eine Kooperation



Christian Engertsberger
Stadtrat

zwischen privaten Vermietern und der Stadt Traun. In diesem Falle war von einer solchen Kooperation keine Spur. Fakt ist, dass jetzt eine Situation geschaffen wurde, die keinem der beiden Sozialmärkte weiterhilft.

„Eine Konkurrenzsituation zwischen zwei Sozialmärkten ist ein absolutes ‚No-Go‘ und dient niemandem. Da es sich um private Unternehmen handelt, können wir als Stadt Traun nur auf die Vernunft beider hoffen, gemeinsam in Traun zu kooperieren“, so die klare Haltung der FPÖ Traun.



Falsche Integrationspolitik fördert Bildung von Parallelgesellschaften

Von der Stadt organisierte und finanzierte Syrer-, Bosnier- und Afghanenabende sind sicher nicht der richtige Weg. Dabei sollen die fremden Kulturen den Trauern näher gebracht werden. Wenn die Zugewanderten nach erfolgter Integration auf Eigeninitiative ihr Brauchtum pflegen, wird niemand etwas dagegen haben. Aber das Gebot der Stunde ist der umgekehrte Weg: Den Asylanter und Migranten sollte die Leitkultur des Gastlandes vor Augen geführt werden.

Angenehm überrascht waren wir, als beim großen österreichischen Zapfenstreich (Straßenbahn-Eröffnung) auch einige Asylanterfamilien unter den Zuschauern waren. Das geschah aber sicher nicht auf Initiative von Integrationsstadtrat Mag. Johann Böhm. Im Gegenteil, wer das zustande gebracht hat können wir nicht veröffentlichen, um die Person vor den

Gutmenschen zu schützen.

Die neueste Idee ist die Einrichtung eines "Begegnungszentrums". Als Standort wurde das ehemalige Kaloritwerk in der Josef-Ressl-Straße angedacht. Bis dato eine beschauliche Wohngegend. Das werden wir aber gemeinsam mit den Anrainern (darunter zahlreiche bestens integrierte Zuwanderer) zu verhindern wissen. So ein Zentrum brauchen wir nicht, eine von oben diktierte Begegnung wird nicht funktionieren.

Es wurden ohnehin schon ursprünglich für alle Trauner gedachte Einrichtungen okkupiert. Allen voran das Jugendzentrum X-Treff. Das wird von einer Gruppe türkischer Burschen derartig dominiert, dass sich inzwischen nicht einmal mehr türkische Mädchen hinein zu gehen trauen.

Das Meinungsforschungsinstitut OGM hat die Frage gestellt, wann die

Integration von Flüchtlingen als gelungen bezeichnet werden kann. Das Ergebnis:

- ✓ Unsere Verfassung und unsere Gesetze sind zu beachten und müssen eingehalten werden
- ✓ Beherrschung der deutschen Sprache
- ✓ Einhalten der in Österreich gelebten Leitkultur
- ✓ Eingliederung in den Arbeitsmarkt samt Bezahlung von Steuern und Sozialabgaben
- ✓ Anerkennung der Gleichstellung von Frauen

Das und nur das sollte sich der Integrationsausschuss als Arbeitsgrundlage vornehmen und schrittweise abarbeiten.

Landeshauptmann-
Stellvertreter
Dr. Manfred Haimbuchner

Bundespräsidenten-
schaftskandidat
Ing. Norbert Hofer

Bundespräsidentenwahl:

JEDE STIMME ZÄHLT

FPÖ-Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ruft alle auf, „am 4. Dezember aktiv vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Jede Stimme zählt. Ich kenne und schätze Norbert Hofer als Freund und als Politiker mit Handschlagqualität. Es kann wieder sehr, sehr knapp werden. Wem unser Heimatland am Herzen liegt, der soll bei dieser Wahl seine Stimme Norbert Hofer geben.“

„Ich kenne und schätze Norbert Hofer als Freund und als Politiker mit Handschlagqualität. Gemeinsam ist uns, dass wir Menschen mögen. Menschen, die aktiv sind, die nicht jammern, sondern beherzt anpacken. Für diese Menschen setzen wir uns ein“, hebt Haimbuchner hervor, dass mit der Stichwahl am zweiten Adventsonntag „unser Land vor einer der wichtigsten Richtungsentscheidungen seit Jahrzehnten steht.“ Unser Kandidat Norbert Hofer wird als Staatsoberhaupt wirklich die Interessen der Menschen in Österreich vertreten. Hofer spricht sich für die direkte Demokratie und

für mehr Mitsprache für die Bürger aus. Haimbuchner hebt hervor, dass mit Norbert Hofer „unsere Heimat einen bürgernahen Bundespräsidenten bekommt, der sicherstellt, dass Macht tatsächlich kontrolliert wird. Norbert Hofer kennt die Sorgen der Gemeinden, der Klein- und Mittelbetriebe und der kleinstrukturierten Landwirtschaft. Er ist Garant für die Interessen unseres Landes und vertritt nicht irgendwelche internationale Visionen, die Österreich schaden. Ich weiß, dass Norbert Hofer ein absoluter Europäer ist. Er ist aber zu Recht der Meinung, dass es Reformen bedarf,

um zu einem wirklichen Europa der Vaterländer zu werden.“

„*Macht nicht nur selbst von eurem Wahlrecht Gebrauch. Motiviert eure Verwandten, Freunde, Bekannten und Kollegen, wählen zu gehen und ihre Stimme Norbert Hofer zu geben. Eine Entscheidung für einen Bundespräsidenten Norbert Hofer ist eine Entscheidung für Rot-Weiß-Rot, ist eine Entscheidung für Österreich!*“